

11-Punkte-Programm 2013 („Sommerfahrplan“)

1. Brandenburg und DIE LINKE tragen Gemeinsinn und Erneuerung in den Bund - unsere *Prioritäten* für Bundesratsinitiativen der neuen rot-rot-grünen Mehrheit:

- Gesetzesinitiativen Brandenburgs zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes, zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und nach Möglichkeit auch zur Überwindung des Ehegattensplittings
- einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 € / Stunde
- die unverzügliche Angleichung der Ostrenten an das Westniveau
- Bessere Lebensbedingungen für Kinder - Einführung einer am Bedarf der Kinder orientierten und armutsfesten Kindergrundsicherung (Festlegung Koalitionsvertrag) und Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz
- Energiewende sozial gestalten – Die Kosten des Umbaus der Energieversorgung steuerfinanziert gerecht verteilen!
- deutschlandweit einheitlich geregeltes Nachtflugverbot an stadtnahen Flughäfen (Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg)

2. gute Arbeit/gute Wirtschaft

- Wir werben dafür, dass im Frühjahr für das Land auf der Grundlage des Vergabegesetzes eine neue Lohnuntergrenze beschlossen werden kann.
- Wir setzen weiter darauf, öffentliche Förderung mit sozialen Kriterien zu verknüpfen.
- Wir wollen erreichen, dass es weniger Ausbildungsabbrecher gibt, dass Hartz-IV-Empfängern Einstiegsmöglichkeiten in die Arbeitswelt eröffnet werden, dass Aus- und Weiterbildung eine größere Rolle spielt, dass Leih- und Zeitarbeit mit regulärer Beschäftigung gleich gestellt werden. In diesem Sinne begleiten wir die Verhandlungen zum Zukunftsprogramm Berlin-Brandenburg.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kriterien und Maßstäbe für gute Arbeit auch beim BER/bei der FBB und bei allen Landesbetrieben/Stiftungen umfassend zur Geltung gebracht werden.
- Wir wollen Wertschöpfung in der Region halten und den Trend zur Vermarktung regionaler und ökologischer landwirtschaftlicher Produkte unterstützen. Dazu sollen auch Verarbeitungskapazitäten für brandenburgische Produkte im Land ausgebaut werden.
- Die Fraktion unterstützt den industrie- und technologiepolitischen Kurs des Wirtschaftsministers - insbesondere den Cluster-Prozess innerhalb der Innovationsstrategie. Wir wollen sicherstellen, dass inhaltliche und institutionelle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Brandenburg und die Hauptstadtregion eine der europäischen Innovationsregionen wird.

3. Perspektiven für Schule und Hochschule eröffnen

- Wir werden weiter daran arbeiten, den Weg zur Gemeinschaftsschule einzuschlagen. In Vorbereitung der flächendeckenden Einführung von inklusiven Schulen bereiten wir mit einem Antrag für den Landtag das dafür notwendige Konzept mit vor.
- Wir arbeiten an der Hochschulgesetz-Novelle mit dem Ziel eines sozialeren, demokratischeren Wissenschaftslandes Brandenburg.
- Wir nehmen aktiv Einfluss auf die Diskussion der Hochschulentwicklungsplanung und der Hochschulrahmenvereinbarung. Wir wollen das gegenwärtige Niveau von etwa 50000 Studierenden dauerhaft halten und damit den Anteil von Hochschulabsolventen schrittweise auf internationales Niveau bringen. Soziale Barrieren zum Studieren müssen abgebaut werden. Alle bestehenden Hochschulstandorte sollen erhalten bleiben.
- Die Neugründung der TU Cottbus-Senftenberg werden wir unterstützen und kritisch begleiten.

4. Gesundheit

- Gesundheitliche Versorgung in der Fläche stabilisieren - Krankenhausentwicklungsplan darauf ausrichten. Mit dem Krankenhausplan 2013 werden für die nächsten 5 bis 6 Jahre die Grundlagen für eine regional ausgewogene, qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Versorgung gelegt. Alle derzeitigen Krankenhausstandorte werden erhalten; sie sind Anker der gesundheitlichen Versorgung in den Regionen.
- Durch ein Landesgesetz werden wir ein sog. Gemeinsames Gremium nach § 90a SGB V aus Vertretern des Landes, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesverbände der Krankenkassen sowie der Ersatzkassen und der Landeskrankengesellschaft sowie weiteren Beteiligten einrichten. Es ermöglicht eine breite Beteiligung aller Akteure und gibt Empfehlungen zu übergreifenden Fragen der gesundheitlichen Versorgung. Ressourcen sollen gebündelt statt in Konkurrenz vergeudet werden.

5. Stärkung der Kommunen; kommunale Finanzausstattung

- Überarbeitung der Kommunalverfassung: Verfassungsgerichtsurteile müssen umgesetzt werden - wir sehen darin die Chance zur weiteren Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und wollen sie nutzen (Fraktionsstärke, Wahlalter, direkte Demokratie, Amt und Mandat u.a.)
- Weiterentwicklung des Solidarprinzips im Finanzausgleich der Kommunen (horizontaler Finanzausgleich) durch die Einführung eines Soziallastenausgleichs und die Ausweitung des Demografiefaktors. Diejenigen Kommunen, die unterdurchschnittlich am wirtschaftlichen Erfolg von Brandenburg teilhaben und/oder am stärksten von der demografischen Entwicklung bzw. dem Rückgang der Bevölkerung betroffen sind, müssen stärkere Unterstützung erhalten als andere. Zum einen durch die Erhöhung des Demografieansatzes von jetzt 3 Jahre auf zukünftig 5 Jahre und zum anderen durch Berücksichtigung weiterer Soziallastenausgleiche, z.B. die Jugendhilfekosten nach dem SGB VIII, der Anteil der Kinder mit SGB II-Bezug usw..
- Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Landkreise und Gemeinden setzen wir auf eine Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. Bestehende Kooperationen werden weiter befördert. Dazu wird das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit novelliert.

- Wir haben die Privatisierung brandenburgischer Seen verhindert. Jetzt sollen sie so zugeordnet werden, dass die öffentlichen Interessen optimal umgesetzt werden können.

6. BER

- DIE LINKE sorgt mit dafür, dass der BER unter brandenburgischer Verantwortung mit der Kraft der rot-roten Koalition in jeder Hinsicht einwandfrei in Betrieb genommen werden kann und dabei auf größtmögliche Akzeptanz stößt. Die Fraktion hat dafür in der Sondersitzung des Landtages im Januar ihr eigenständiges Konzept vorgestellt.
- Wir arbeiten an einem gesellschaftlichen Konsens für den BER. Dazu gehört eine für die Betroffenen erträgliche Gestaltung der Nachtruhe am Flughafen. Die Suche nach einem tragfähigen Kompromiss ist integraler Bestandteil unseres Konzept für den BER.
- Wir wollen weiter dafür sorgen, dass das Schallschutzprogramm, wie im Planfeststellungsbeschluss festgesetzt, endlich korrekt und zügig umgesetzt wird.
- Der nunmehr eingesetzte Sonderausschuss zum BER bietet dafür Gelegenheit, und auch die Chance, insbesondere Brandenburger Interessen deutlich zu machen. Transparenz und die Orientierung auf Problemlösung müssen im Mittelpunkt stehen.

7. Wohnen

- Wir erwarten von der Landesregierung, im Bundesrat das unsoziale Mietrechtsänderungsgesetz zu stoppen.
- Mieterinnen und Mieter müssen durch Ausgleich von Vermieter- und Mieterinteressen geschützt werden. Dazu bleibt die Fortsetzung der Bundesfinanzierung bei der Wohnraumförderung Voraussetzung. Mit der Aktivierung des Landeswohnungsvermögens sollen im Dialog mit den Akteuren zielgenau die Fortsetzung und Flexibilisierung von Mietpreis- und Belegungsbindungen zum Erhalt der sozialen Mischung der Wohnquartiere und der Erweiterung bezahlbaren Wohnraums gestaltet werden. Wohnungsbauförderung ist vorrangig in Bestandspflege und maßvoll für Neubau einzusetzen.
- Für die energetische Sanierung soll vom Bund ein KfW-finanziertes Förderprogramm aufgelegt werden.

8. Energiewende/Nachhaltigkeit

- Speicherinitiative für Erneuerbare Energien. Damit geht Brandenburg einen wesentlichen Schritt bei der Systemintegration der Erneuerbaren Energien und wird seiner Vorreiterrolle in diesem Bereich gerecht.
- Neujustierung des EEG (Anreizregelungen für die Speicherung und Systemintegration von erneuerbaren Energien)
- Stromsteuer abschaffen, verbindliche Sozialtarife, bundesweit einheitliche Umlage der Netzausbaukosten, Privilegierung großer Unternehmen bei Strompreisbestandteilen abbauen
- Wir bestärken die Landesregierung, öffentlich-rechtliche Verträge mit energieintensiven Unternehmen abzuschließen, in denen die Senkung von CO₂-Emissionen vereinbart wird.
- Wir tragen dazu bei, dass mit dem erwarteten Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie ein konkretes, gut handhabbares und abrechenbares Konzept für ressortübergreifende und im Land gut verankerte nachhaltige Politik in Brandenburg entsteht.

9. gute Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche

- Gesetzentwurf zur Jugendbeteiligung. Wir unterstützen die Arbeit der offenen Gruppe, die einen solchen Gesetzentwurf erarbeitet und der Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker aller Fraktionen, das Deutsche Kinderhilfswerk, Vertreter der FH Potsdam, der Sprecher der National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechte, der Landesjugendring und die Jugendbeteiligungsstelle Brandenburg angehören. Wir bestärken die Gruppe darin, diesen Entwurf noch im Sommer dem Landtag zu übergeben.
- Wir unterstützen die Forderung unserer Bundestagsfraktion nach einem Bundesprogramm zur Finanzierung der Schulsozialarbeit.

10. Beteiligung und Mitwirkung, Rechtsstaat und Minderheitenschutz stärken

- Einführung einer Antirassismusklausel in die Brandenburger Verfassung: 20 Jahre nach Inkrafttreten der Brandenburger Verfassung soll die freiheitliche, offene und demokratische Gesellschaft in ihrem Kampf gegen rechtsextremistisches Gedankengut einen verfassungsrechtlichen Rückhalt erhalten, indem rechtsextreme, fremdenfeindliche oder rassistische Handlungen als verfassungswidrig benannt werden. Das wäre ein deutliches politisches Signal und so eine Motivation aller couragiert auftretenden Menschen, Institutionen und Aktionsbündnisse.
- Wir setzen weiter auf Beteiligung und Akzeptanz bei Energie-, Industrie- und Infrastruktur-Vorhaben - durch Umsetzung des Kommunal- und Bürgerpakets im Rahmen der Energiestrategie 2030, durch Bürgergespräche, durch eine umfassende internet-basierte Kommunikation zu den zentralen Fragen der regionalen Entwicklung in Brandenburg.
- Im parlamentarischen Verfahren zur Änderung des Sorben-/Wenden-Gesetzes setzen wir uns dafür ein, ein modernes und vorbildliches Minderheitenrecht in unserem Land zu etablieren.

11. Zukunftsfähigkeit des Landes bis zum Jahr 2020 sichern

- Wir begleiten politisch die Definition der Schwerpunkte für den nachhaltigen Einsatz von EU-Mitteln in der neuen Förderperiode ab 2014. Dabei stehen für uns im Mittelpunkt: soziale Integration, demografische Entwicklung, regionale Strukturpolitik und Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Ausbau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.